

Aufruf

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

**Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat –
gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt in Schleswig-Holstein**

19. Januar 2017

Schleswig-Holstein zeichnet sich seit jeher durch seine Weltoffenheit aus. Das Land zwischen den Meeren ist geprägt von seiner Lage am Wasser, die Häfen des Nordens sind Drehscheibe in alle Welt. Handel, kultureller Austausch und wirtschaftliche, fachliche und soziale Kooperationen finden grenzüberschreitend statt, vor allem mit Skandinavien, dem Baltikum und der Region St. Petersburg. Aufgrund seiner geografischen Lage ist und bleibt Schleswig-Holstein das Bindeglied zwischen Nord- und Mitteleuropa.

Schleswig-Holstein ist auch geprägt durch Zuwanderung und das Zusammenleben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur. Nicht nur durch seine besondere Verbundenheit mit Dänemark und das selbstverständliche Miteinander mit der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein stellt das Land seine Weltoffenheit unter Beweis. Auch nahm Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg gemessen an seiner Bevölkerungszahl im Vergleich mit den anderen Bundesländern die meisten Flüchtlinge auf und schaffte es, diese erfolgreich zu integrieren. In den folgenden Jahrzehnten fanden zahlreiche Menschen aus Europa und anderen Regionen der Welt in Schleswig-Holstein eine neue Heimat und bereichern heute das Land mit ihrer Kultur, Religion und ihrer Arbeitskraft. Heute leben in Schleswig-Holstein Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Viele Wirtschaftsbereiche sind ohne den Einsatz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Ausland nicht mehr denkbar.

Als Teil Deutschlands und der Europäischen Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft ist Schleswig-Holstein den universellen Menschenrechten verpflichtet. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Geflüchtete nach Schleswig-Holstein gekommen sind.

Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Deutschland und Europa. Wir treten dafür ein, dass Deutschland und Schleswig-Holstein auch weiterhin ihre humanitären Verpflichtungen

Allianz für Weltoffenheit,
Solidarität, Demokratie und
Rechtsstaat - gegen
Intoleranz, Menschen-
feindlichkeit und Gewalt in
Schleswig-Holstein
Legienstraße 22, 24103 Kiel

erfüllen. Zugleich steht außer Frage, dass wir unbedingt eine gemeinsame europäische Lösung brauchen, um Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen und den Anliegen der vielen schutz-suchenden Menschen gerecht zu werden. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union darf sich der gemeinsamen Verantwortung entziehen.

Die Aufnahme und Integration der vielen geflüchteten Menschen sind verbunden mit großen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern sowie die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden, Polizei, Religionsgemeinschaften, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen in Schleswig-Holstein leisten Beeindruckendes. Dieses Engagement steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ungebrochene Hilfsbereitschaft zeugt davon, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit zu den prägenden Werten unserer Gesellschaft gehören.

Schleswig-Holstein braucht mehr Investitionen in seine Zukunftsfähigkeit. Dies zeichnet sich bereits seit Langem ab, wird angesichts der hohen Flüchtlingszahlen aber immer dringlicher. Wir benötigen mehr Investitionen in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung, ausreichenden bezahlbaren Wohnraum, eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sowie Sicherheit vor Gewalt. Menschen, die von Armut, Arbeitslosigkeit oder fehlender sozialer Absicherung betroffen sind, dürfen bei der Lösung der gegenwärtigen Herausforderungen nicht vernachlässigt werden. Alle müssen die gleiche Chance bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, ihre Integration und die Verhinderung von sozialer, kultureller und gesellschaftlicher Spaltung sind eine Gemeinschaftsaufgabe. Bund, Länder und Kommunen, Wirtschaft und Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Organisationen der Wohlfahrtspflege sowie die gesamte Zivilgesellschaft müssen auch weiterhin Verantwortung tragen. Wir sind überzeugt, dass wir die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, gemeinsam bewältigen können.

Ein friedliches Miteinander und die Integration in unsere Gesellschaft gelingen nur dann, wenn die Werte des Grundgesetzes und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens von allen akzeptiert werden. Dies bedeutet etwa, dass das Recht auf freie Ausübung der Religion ohne Unterschied anerkannt werden muss. Es bedeutet aber auch, dass niemand die eigene kulturelle oder religiöse Prägung als Deckmantel missbrauchen darf, um die Grundrechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der körperlichen Unversehrtheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage zu stellen oder Minderheiten zu diskriminieren. Dort, wo das Gewaltmonopol des Staates missachtet oder Straftaten begangen werden, müssen die Täter strafrechtlich verfolgt werden.

Viele geflüchtete Menschen werden für lange Zeit oder dauerhaft bei uns bleiben. Jeder Einzelne von ihnen muss als Mensch mit seinem Schicksal und seinen oft leidvollen Erfahrungen wahrgenommen werden. Ein nachhaltiger Integrationserfolg setzt ausreichende Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sowie die Bereitschaft zur

Allianz für Weltoffenheit,
Solidarität, Demokratie und
Rechtsstaat - gegen
Intoleranz, Menschen-
feindlichkeit und Gewalt in
Schleswig-Holstein
Legienstraße 22, 24103 Kiel

**Die Würde des Menschen
ist unantastbar.**

Integration voraus. Deutsch zu lernen ist dabei genauso wichtig wie ein möglichst früher Zugang zu Integrationsmaßnahmen, Bildung, Kultur, Arbeit und Sport.

Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Integration von Flüchtlingen. Dafür sind möglichst betriebsnahe Maßnahmen, die den Einstieg in eine qualifizierte Berufsausbildung und deren erfolgreichen Abschluss ermöglichen, genauso wichtig wie Qualifizierungsmaßnahmen zur Aufnahme einer Beschäftigung. Die Maßnahmen und Programme müssen zu einer Gesamtstrategie für die Schaffung ökonomischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen zusammengeführt werden.

Mit großer Sorge erfüllt uns die Tatsache, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen das Thema Flucht und Migration derzeit dazu nutzen, Feindseligkeit zu schüren und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage zu stellen. Jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt treten wir mit Entschiedenheit entgegen. Gleichzeitig laden wir alle ein zu einem ernsthaften und sachlichen Dialog darüber, wie den derzeitigen Herausforderungen bestmöglich zu begegnen ist.

Wir rufen dazu auf,

- die Flüchtlings- und Einwanderungsdebatte sachlich und lösungsorientiert zu führen, statt öffentlich Ressentiments zu schüren oder parteitaktische Interessen zu verfolgen,
- menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen, gleich woher sie kommen und gegen welche Gruppe sie sich richten, entgegenzutreten,
- rechtsextreme, menschenverachtende Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte, auf Polizistinnen und Polizisten, auf Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie Helferinnen und Helfer strafrechtlich konsequent zu verfolgen.

Wir treten ein für

- die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
- einen Dialog über kulturelle, religiöse und soziale Unterschiede und die Schaffung von Räumen der Begegnung,
- eine solidarische und nachhaltige Politik, die allen in Deutschland lebenden Menschen gerechte Teilhabechancen eröffnet,
- ein verbessertes Bildungsangebot als Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration,
- eine Flüchtlingspolitik, die im Einklang mit unseren humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen steht und faire Asylverfahren garantiert,
- den Schutz der Grundrechte, zu denen der Schutz der Menschenwürde, Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit ebenso zählen wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Diskriminierungsverbot und der Schutz von Kindern und Familie,
- den Schutz aller Menschen vor Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass,

Allianz für Weltoffenheit,
Solidarität, Demokratie und
Rechtsstaat - gegen
Intoleranz, Menschen-
feindlichkeit und Gewalt in
Schleswig-Holstein
Legienstraße 22, 24103 Kiel

- eine ausreichende finanzielle Vorsorge, damit die bestehenden und durch die Aufnahme von geflüchteten Menschen zusätzlichen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen im Sinne einer nachhaltigen Integration erfüllt werden können,
- die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols bei der Bekämpfung von Kriminalität und ein friedliches Miteinander ohne Gewalt,
- ein Europa, das die Menschenwürde schützt und Perspektiven für ein friedliches Zusammenleben schafft.

Die rechtsstaatlichen, sozialen und humanitären Errungenschaften unserer Gesellschaft dürfen wir nicht aufgeben. Die Würde des Menschen zu schützen, ist unser Ziel. Deshalb engagieren wir uns mit vereinten Kräften für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa.

Erstunterzeichner

Wolfgang Baasch

Landesvorsitzender, Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein

Günter Ernst-Basten

Geschäftsführender Vorstand, Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e.V.

Dr. Stefan Heße

Erzbischof von Hamburg

Anke Homann

Vorsitzende, LandesFrauenRat Schleswig-Holstein e.V.

Irene Johns

Landesvorsitzende, Deutscher Kinderschutzbund e.V. (DKSB) Landesverband Schleswig-Holstein

Gothart Magaard

Bischof im Sprengel Schleswig und Holstein, Nordkirche

Fatih Mutlu

Vorsitzender, SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.

Uwe Polkaehn

Vorsitzender, Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Nord

Wolfgang Schneider

Landesvorsitzender, SoVD – Sozialverband Deutschland e.V.

Hans-Jakob Tiessen

Präsident, Landessportverband Schleswig-Holstein e.V.

Allianz für Weltoffenheit,
Solidarität, Demokratie und
Rechtsstaat - gegen
Intoleranz, Menschen-
feindlichkeit und Gewalt in
Schleswig-Holstein
Legienstraße 22, 24103 Kiel